

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preisprophet Nr. 226

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preisprophet Nr. 226

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Morgens 10 Uhr an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schwanitzstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50, monatlich 50 Pf. — Postzusatz Nr. 4069 a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr Sonntags, spätere tags vorher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236

Freitag, den 7. Oktober 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ein nationalliberaler Wahlrechtsfreund.

Als vor einigen Monaten der preussische Landtagsabgeordnete Mendt in Altona die schmetternde Fanfare gegen das Reichstagswahlrecht blies, hielt die national-liberale Fraktion Gericht über den Freier. Herr Mendt mußte aus der Fraktion auscheiden und er rückte sich alsbald durch die Erklärung, daß die Feindschaft gegen das allgemeine und gleiche Stimmrecht in den Unternehmungskreisen, die bisher den Nationalliberalen folgten, allenthalben verbreitet sei. Herr Mendt wollte nur wenig ausgesprochen haben, was viele Nationalliberale denken, was sie jedoch aus taktischen Gründen vorläufig im geheimen Busen bewahren. Immerhin haben die Nationalliberalen Wert darauf gelegt, vor aller Öffentlichkeit festzustellen, daß ein Gegner des Reichstagswahlrechts wie Mendt nicht Mitglied ihrer parlamentarischen Fraktion bleiben dürfe.

Schon wieder werden jetzt die Nationalliberalen in Verlegenheit gesetzt, wie sie sich zu einem Manne stellen sollen, der als unsicherer Kantoniist des Reichstagswahlrechts entlarvt wurde. Der Fall, den der „Vorwärts“ vor mehr als Jahresfrist aufgedeckt hat, der aber jedoch zur endgültigen Feststellung vor Gericht gelangte, genährt diesen Einblick in die Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit nationalliberaler Politiker selbst in den notwendigsten Grundfragen des Liberalismus.

Am 1. August 1903 veröffentlichten wir — so schreibt der „Vorwärts“ — die Bittulare und Druckschriften des seitdem verstorbenen Dr. Giesebrecht, der umfassende Vorbereitungen traf für einen demnächst zu unternehmenden großen Feldzug gegen die Gleichheit im Reichstagswahlrecht. Durch unsere Veröffentlichung zertrauen wir das tüchtige Unternehmen im Keime. Am 20. August 1903 waren wir an der Spitze, eine Liste von Persönlichkeiten zu veröffentlichen, welche den Giesebrechtschen Plänen finanzielle Unterstützung gewährt haben. Wie Giesebrecht selbst in seinen Bittularen ausgeführt hatte, konnten im politischen Leben tüchtige Persönlichkeiten zunächst nicht wohl unmittelbar an seinen Bestrebungen mitwirken; die Liste zeigte daher vornehmlich Namen aus der Großindustrie, dem Großhandel, der Finanz. Nur ein freikonservativer Landtagsabgeordneter fand sich darunter und außerdem der Kommerzienrat Bohn in Sorau, welcher mittlerweile am 16. Juni 1903 im Wahlkreis Sorau-Potsdam als Kandidat der nationalliberalen Partei und durch eifrigste Unterstützung der Freisinnigen Volkspartei in der Reichstag gewählt wurde. Unser Parteigenosse Alex unterlag in diesem Kampfe.

Auf Grund unserer Veröffentlichungen richtete nun die „Märkische Volksstimme“, unser Parteorgan im heutigen Wahlkreise, lebhafteste Angriffe gegen den neuen nationalliberalen Vertreter des Kreises. Aber die bürgerliche Presse des Kreises und des gesamten Regierungsbezirks schenkte Bohns Beteiligung an der Giesebrechterschen Liste nicht die geringste Beachtung. Bohn selbst ließ sich nicht. Schlag auf Schlag und immer heftiger ging unser Parteiblatt vor, es sagte Bohn Woubrich, Irreführung der Wähler, Erschleichung des Mandats nach. In den Wahlaufzügen für die Wahlkreise Sammelkandidatur 1903 hatten nämlich die Parteileitungen der Nationalliberalen und der Freisinnigen sich für Bohns Wahlrechtsfreundlichkeit verbürgt. Die „Volksstimme“ verlangte, die Wahnsinnigen sollten den Herrn zur Rücklegung des erwichlenen Mandats auffordern, sie würden sonst sich zu Missethätigen machen. Endlich mußte die gegenwärtige Lokalpresse sich rühren und sie riefte sich zu einer Erklärung auf, in der lediglich bestritten wurde, daß Bohn nach seiner Ermählung dem Giesebrecht Hilfe geleistet habe. Gleichzeitig wurde angekündigt, er werde „die Verleumdung“ zur Rechenschaft ziehen.

Doch lange mußte die „Volksstimme“ warten. Nachdem mehr als ein Vierteljahr verfloßen, wurde unmittelbar an Bohns Anwalt die Frage gestellt, was denn nun eigentlich werden sollte? Endlich kam der Strafantrag: der Staatsanwalt hatte sich des gelderpendenden Wahlrechtsfreundes angenommen. Während der Abgeordnete Barth auf den Weg der Privatklage gegen die ihm zugesügten öffentlichen Verleumdungen gewiesen wurde, fand der nationalliberale Kommerzienrat das Entgegenkommen des öffentlichen Anklägers.

Natürlich war nunmehr der Verteidiger unseres angeklagten Genossen Berner, Rechtsanwalt Wolff, seine Bemühung, den Wahlrechts-Doktor selbst auf den Zeugenstand zu bringen, doch alle Bemühungen schlugen fehl. Zum Gerichtstermin am 9. Mai dieses Jahres ließ von Giesebrecht aus Hof i. B. ein Telegramm ein: er sei auf der Reise krank geworden und könne nicht kommen. Telegraphisch schickte der Herr zugleich auch seine Aussage, welches Verfahren große Heiterkeit im Gerichtssaale erregte. Am 3. Oktober d. J.

sollte erneut verhandelt werden, wieder war Giesebrecht vorgeladen und wieder erschien er nicht.

Diesmal war, wie aus Forst berichtet wird, von ihm ein Brief eingegangen, wiederum die Aussage enthaltend, die er zu machen gedachte, die jedoch nach Gesetzesvorschrift nicht vorlesen werden durfte. Dabei lag das Zeugnis eines Privatärztes, daß Giesebrecht krank sei und nicht kommen könne. Das Gericht nahm aber diese Krankheit ganz und gar nicht als erwiesen an. Der Vorsitzende hob hervor, daß dem Zeugnis all und jede Beglaubigung fehle. Und der Verteidiger verlangte, es solle durch einen beamteten Arzt des Wahlrechts-Doktors Gesundheitszustand untersucht werden, eventuell solle kommissarische Vernehmung unter Eid erfolgen, der Rechtsanwalt Heinz beimohnte wollte.

Dazu kam es aber nicht, denn der Vorsitzende machte einen Vergleichsvorschlag, auf den Kommerzienrat Bohn und sein freisinnig-volksparteilicher Anwalt Justizrat Neumann schnell eingingen und den schließlich auch der Angeklagte und sein Verteidiger annahm.

Nachdrücklich erklärte der Beklagte, Genosse Berner, die Tatsachen seien bewiesen, und auch der Staatsanwalt gab zu, daß sie teilweise erwiesen seien, nur die Schlussfolgerung stimmte nicht!

Hier die Tatsachen:

Der Wahlaufzug der Freisinnigen beider Richtungen, verfaßt vom Führer der Freisinnigen Volkspartei, dem strengen Richterianer Justizrat Neumann in Sorau, und unterschrieben vom Vorstand des Liberalen Vereins Sorau, sagt wörtlich:

Der Rudolf Bohn bietet nach seiner Vergangenheit und seinem öffentlichen Werten die volle Gewähr dafür, daß er jeder Beeinträchtigung der Volksrechte widerstreben und insbesondere mannhaft eintreten wird für die volle Aufrechterhaltung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts jedem Versuche gegenüber, dasselbe zu bejähren.

Die Nationalliberalen betrauten gleichfalls Bohns Wahlrechtsfreundlichkeit, waren aber vorsichtig genug, nicht für seine Vergangenheit die Hand ins Feuer zu legen.

Wie sieht nun Bohns wahlrechtsfreundliche Vergangenheit aus?

Er schrieb wörtlich aus Sorau am 3. Juni 1901, weniger als zwei Jahre vor seiner Aufstellung als wahlrechtsfreundlicher Reichstagskandidat, an Dr. Giesebrecht:

„Von Ihren gesägten letzten Zuschriften nebst Abhandlungen betr. den Ausbau des Reichstagswahlrechts habe ich gern Kenntnis genommen und spreche Ihnen meine volle Anerkennung Ihrer Bestrebungen aus.“

Volle Anerkennung! Nur bedauert Bohn weiterhin, daß die Lokalpresse „ganz unparteiischen Standpunkt wahr“; er behält aber „die gesagten Exemplare der Druckschriften, um für deren Aufnahme anderweitige Gelegenheiten zu suchen.“ Und er bedauert schließlich, daß leider alte Wahlschulden zu decken sind und deswegen kein Geld für Giesebrechts Pläne geschildert werden kann.

Der nationalliberale Kommerzienrat und Reichstagsabgeordnete ist damit der Giesebrechterschen Vollmacht überführt. Wenn gleichwohl der Beklagte den gerichtlichen Vergleich einging, so geschah es, weil Herr Bohn eine Erklärung abgab, die ihn vor Gericht retten und zu einer Verurteilung wegen formaler Verleumdung führen konnte, während sie politisch die groteske Selbstherrschung bedeutet. Er erklärte und war bereit zu beschwören, daß er wohl an Giesebrecht Geld geschildert (Giesebrecht behauptet: 100 Mk., Bohn sagt: 30 Mk.) und daß er dem Giesebrecht volle Anerkennung zu seinen Bestrebungen ausgedrückt hat, daß er aber zugleich gar nicht genau gewußt habe, was Giesebrecht will, und daß er nur aus Höflichkeit den bewußten Brief geschrieben und Geld gespendet habe!

Selbstverständlich! Niemand kann beweisen, daß es sich anders verhält, niemand kann gerichtsnotorisch machen, daß Bohn doch wußte, um was es sich handelt. Niemand wird aufstehen und den angebotenen Eid anzuweisen.

Nur Giesebrecht stellt sich in den Weg! In seiner ersten kommissarischen Vernehmung erklärte er: In den von Bohn geschickten Schriften war der Zweck der Propaganda sowohl als auch die Verwendung der eingehenden Beträge ausdrücklich bezeichnet. Es sei also ausgeschlossen, daß damals Kommerzienrat Bohn über den Zweck des von ihm geschickten Betrages im Irrtum sein konnte. Bohn hat auch nicht bloß einmal, sondern wiederholt zustimmend an Giesebrecht geschrieben.

Aber kann nicht Herr Bohn seine Gesinnung geändert haben? Staatsanwalt und Gerichtsvorsitzender gaben zu bedenken, daß Bohn wohl 1901 ein Giesebrechter, 1903 aber ein Wahlrechtschützer sein konnte! Und sein ganzes Verbrechen war dann, den Wählern nicht gesagt zu haben, daß er 1901 anders dachte und zugelassen habe, daß

der Freisinn Bohns Vergangenheit zu unwahrer Klame verfälschte. Und dies wiederum durfte Bohn zulassen, denn — er hat ja auch früher nur aus Höflichkeit der Giesebrechterschen Zustimmung, er hat nie gewußt, was der Mann eigentlich will!

Was werden die nationalliberalen Wähler und was wird die nationalliberale Reichstags-Fraktion mit diesem interessanten Volksvertreter und Kollegen beginnen? Den offen erklärten Wahlrechtsfeind Mendt mußte man in die Wüste schicken, — wie man liberale Abgeordnete duldet, die „nur aus Höflichkeit“ und „ohne genaue Kenntnis des Ziels“ das Wahlrecht befehlen? Gewährt die national-liberale Partei den Höflichkeits- und Unwissenheitsgründen des Abgeordneten Bohn Geltung, so gibt sie vor aller Welt ein unvergeßliches Beispiel, welches Maß politischer Einsicht hinreichend, um die Würde eines nationalliberalen Politikers und Abgeordneten zu erwerben!

Den bittersten Reiz muß der volksparteiliche Freisinn trinken. Er hat den reinen Toren des Nationalliberalismus in das Mandat gehoben. „Den Gothein schenke ich Ihnen!“ rief im Wahlkampfe der Freisinnige Führer im Fortschritt-Wahlkreise den Sozialdemokraten zu. Bieder als Gothein war den Richterianern der ungeschuldvolle Bohn, der nicht begriff, was er tat, als er zur Vernichtung des Reichstagswahlrechts ermunterte und finanzielle Beiträge spendete.

## Rußland und Japan.

Vom Kriegsschauplatz liegen auch heute nur spärliche Nachrichten vor. Als wesentlichste mag eine solche von der Anwerbung von Chinesen seitens der Japaner dienen. Diese Truppen erhielten die Benennung Militärisch-chinesischer Freiwilliger und erhalten alte Gewehre. Die Russen hülfen von diesem Zusammenarbeiten der Japaner und Chinesen nicht sehr angenehm berührt sein. Im Uebrigen bedienen sich die Japaner auch der Chunchusen. Was Muden wird der „Morning Post“ gemeldet: Eine etwa 4000 Mann starke Abteilung von Japanern und Chunchusen ist etwa 30 Kilometer südlich von Siamting tätig. Die Chunchusen werden von den Japanern als reguläre Truppen benutzt und nehmen an den täglichen Gefechten teil.

Nach in Charbin vorliegenden russischen Meldungen scheint General Kurort die linke Flanke der Russen umgehen zu wollen, außerdem scheint die japanische Armee einen Vormarsch gegen das Zentrum zu unternehmen. In letzter Zeit soll die Ausschiffung japanischer Truppen Hattegebunden haben; japanische Transportschiffe bringen Verpflegungsmittel zur Gründung des Jalu, von wo sie auf Schwanen nach Schachedie gesandt und weiter durch Kalia nach Jöngwangschang befördert werden. An dem Bau der Bahn von Jöngwangschang nach Schachedie für den Verkehr mit Herden wird eifrig gearbeitet. Nach einer weiteren, aus derselben Quelle flammenden Nachricht ergriff die japanische Vorhut am 2. Oktober auf der ganzen Linie des Jango bis zur Straße Muden-Pemshu die Offensive, wurde aber zurückgedrängt.

Daß es in Port Arthur nicht, wie die Russen immer glauben machen wollen, allzu günstig ausfällt, beweist der Umstand, daß General Stössel alle chinesischen Frauen und Kinder aus Port Arthur ausgewiesen hat, um die Verproviantierung zu entlasten.

Die befehligen den Generalmajore der 54. und 6. ostibirischen Divisionen, Orlov und Romanow, werden vom Kriegsschauplatz von ihren Ämtern abberufen. Warum wohl?

Dem „Petit Journal“ wird aus Petersburg telegraphiert: Einige Chinesen aus Tschifu wurden dabei erfaßt, wie sie französische und deutsche Banknoten wecheln wollten. Es ist möglich, daß dieses Geld einem Raubmord entstammt, dem der französische und deutsche Militär-Attache zum Opfer gefallen sind. Der deutsche Militär-Attache war nämlich mit ziemlich hohen Geldsorten versehen, welche die Begehrlichkeit der Offiziersführer erregt haben könnten. Die Chinesen wurden, da sie sich über die Herkunft des Geldes nicht ausweisen konnten, verhaftet. Ob hieraus Schlussfolgerungen zu ziehen sind, bleibt abzuwarten.

## Politische Mundschau.

Schiffahrt.

Die preussisch-deutsche Schiffahrtsgesellschaft gegenüber russischen und galizischen Auswanderern ist durch die Ereignisse der letzten Wochen und Monate in ein außerordentlich schlechtes Licht gerückt worden. Man hat bekanntlich Auswanderer, die sich nicht durch eine Fahrkarte der Hamburg-Amerika-Linie oder der Norddeutschen Lloyd Loskaufen konnten oder wollten, der Freiheit beraubt und alsbald an die Grenze geschoben. Allerdings unternahmen die ballinfeindlichen Blätter, diese unerhörten Maßnahmen



als im gesundheitlichen Interesse liegend hinzustellen; den Beweis für diese Behauptung aber haben sie nicht erbringen können. Ihr fernerer Versuch, die von der sozialdemokratischen Presse aus Sicht gezogenen Fälle als „bäuerliche Mißgriffe“ einzelner Beamten auszuliegen, mißlingt. Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß das Gasterrecht, das selbst die „wildesten“ Länder fast ohne Ausnahme den Fremden bereitwillig gewähren, in Preußen erkauft werden muß. Das ist eine Schmach, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Als eine weitere Schmach aber müssen wir es bezeichnen, daß nunmehr noch der Versuch gemacht wird, auch Bayern zur Aufhebung des Gasterrechts zu veranlassen. Wenigstens muß man das aus einer Mitteilung der Münchener „Freistatt“ schließen, die besagt: „Wie wir hören, hat man auch an Bayern einen freundnachbarlichen Wink zur Beihilfe bei diesen internationalen Schandthaten gerichtet, man ist aber, wie uns versichert wird, abgeblieben.“ Bestätigt sich diese Meldung, dann ist damit der Beweis erbracht, daß die leitenden Kreise Bayerns das Vorgehen Preußens gegen die Ausländer nicht gutheißen. Sie wollen nicht mit dazu beitragen, daß das ohnehin schon sehr stark im Schwinden begriffene Ansehen Deutschlands im Ausland noch mehr sinkt. Und das ist ersehnlich! Wird es sonst doch schließlich so weit kommen, daß man im Auslande sich schämen muß, zu bekennen: Ich bin ein Deutscher!

Endlich hat sich nun, vorausgesetzt, daß eine diesbezügliche Notiz der „Medlenb. Ztg.“ zutrifft, der sein Reichstagsmandat zu Unrecht ansetzende konserverbale Reichstags-Abgeordnete Dr. Dröschner veranlaßt gesehen, das Mandat niederzulegen, nachdem dasselbe seitens der Wahlsprüfungskommission bekanntlich schon im Frühjahr dieses Jahres für ungültig erklärt worden war. Dr. Dröschner ist im zweiten Schweriner Wahlkreise mit nur 123 Stimmen Majorität in der Stichwahl gegen unseren Genossen Groth gewählt worden, nachdem der liberale Kandidat Büsing in der Hauptwahl ausgeschieden war. Das Ergebnis der letzteren war folgendes: Groth (SD), 10 380, Dr. Dröschner (K.), 6732 und Büsing (L.) 6704 Stimmen. In der Stichwahl siegte denn der Konserverbale mit 11 730 gegen 11 607, auf Grünsich Groth einfallende Stimmen. Nimmere kann die Wahlkraft einbringen. Seitens unserer Partei kandidiert anstelle des leider schwer erkrankten Genossen Groth Genosse Antrich-Berlin. Die Konserverbale wollen wieder Dr. Dröschner aufstellen. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen, das Mandat nunmehr gleich im ersten Wahlgange zu holen.

Die Landräte für Kreisblätter sorgen, geht aus folgendem, von der „Germania“ veröffentlichten Schreiben des Landrats des Kreises Wittich an „seine“ Bürgermeister hervor:

„Von dem Herrn Kreislandrat ist in Anregung gebracht worden, den Lehrpersonen das Kreisblatt auf Kosten der Gemeinden zu beschaffen. Der Herr Kreislandrat ist der Ansicht, daß eine große Anzahl Rundschreiben, Einladungen, auch Verfügungen, die keinen geheimen Charakter wegen, so auf die einfache Weise zur Kenntnis der Lehrpersonen gebracht werden können. Dabei können die Lehrer verpflichtet werden, von Zeit zu Zeit beherrschende Aufsätze für das Blatt über Dörfer, Winterzeit usw. zu liefern.“

Eine demartige Einrichtung, die im Kreise Daun bereits besteht und sich dort gut bewährt hat, erscheint mir zweckmäßig. Sie wird auch dazu beitragen, das Interesse der Lehrpersonen an den Gemeindegemeinschaften zu erhöhen. Es würde die Herren Bürgermeister, die Gemeindevorstände zu Sache zu hören und nach zwei Monaten über das Ergebnis zu berichten.“

Diese landräthliche Schreiben ist ein weiteres Zeugnis, was von unserer Seite zu erwarten ist.

Warum Studenten-Viertel in Berlin nicht landbildlich wird, ist klar. Die Nationalliberalen haben nämlich nicht, unter allen Umständen gegen ihn zu kommen. Deshalb ist der Oberbürgermeister der Agrarier nicht in der Lage.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Senat hat heute die Prozesse der Majestätsbeleidigung im Jahre 1898 im Reichsgericht verhandelt. Die Prozesse sind im Reichsgericht verhandelt worden. Die Prozesse sind im Reichsgericht verhandelt worden. Die Prozesse sind im Reichsgericht verhandelt worden.

„Jung fernhalten“, die Majestätsbeleidigung, welche bei den Majestätsbeleidigungen und ihren Angehörigen die Majestätsbeleidigung angeht, ist ein Verbrechen, das in Preußen, Bayern und den übrigen deutschen Staaten durch das Reichsgesetz vom 12. April 1898, 2. die Majestätsbeleidigung vom 21. November 1895, betr. die Majestätsbeleidigung gegen die öffentlichen Beamten, den Majestätsbeleidigungen und Majestätsbeleidigungen anerkannt ist. Die Majestätsbeleidigung ist ein Verbrechen, das in Preußen, Bayern und den übrigen deutschen Staaten durch das Reichsgesetz vom 12. April 1898, 2. die Majestätsbeleidigung vom 21. November 1895, betr. die Majestätsbeleidigung gegen die öffentlichen Beamten, den Majestätsbeleidigungen und Majestätsbeleidigungen anerkannt ist.

und ihnen den Existenzkampf erschwert. Aber weit sind sie davon entfernt, auf eine rigorose Fernhaltung des Zugewanderten der ländlichen Arbeiter nach der Stadt zu dringen, die Freizügigkeit der Arbeitskraft zu verhindern. Es ist der Landarbeiter gutes, menschliches Recht, sich der schlechten Behandlung und Bezahlung durch den „gnädigen Herrn“ zu entziehen durch Abwanderung in die Städte. Ganz gewiß wird die „Schollenflucht“ durch die behördliche Mahnungen nicht vermindert.

Das Gottesgnadentum unter sich. Der Lippe'sche Thronfolgestreit nimmt recht eigenartige Formen an. Wilhelm II. hat nämlich an den Grafen Leopold folgendes Telegramm geschickt:

„Graf Lippe-Dietrich-Detmold. Spreche Ihnen Mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Nachfolge in keiner Weise geklärt ist, kann ich eine Regentenschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen.“

Da diese Depesche nicht von einem Minister gegengezeichnet ist, so kann man sie nur als rein private Kundgebung des Kaisers betrachten. Aus diesem Grunde dürfte ihr im staatsrechtlichen Sinne auch keine Bedeutung beizumessen sein. Immerhin aber ist sie nach mancher Richtung hin interessant. — Die Staatsregierung hat dem am gestrigen Mittwoch zusammentretenden Landtag eine Vorlage unterbreitet, in der an der Souveränität des Lippe'schen Ländchens festgehalten und der Bundesrat ersucht wird, einen unparteiischen ordentlichen Gerichtshof zwecks endgültiger Entscheidung der Regentenschaftsfrage einzusetzen. Ferner ist dem Landtage eine Vorlage zugegangen, nach welcher Graf Leopold die Regentenschaft bis zur Erledigung dieser Frage fortzuführen hat. Wie man sieht, ist es ein eigen Ding, wenn sich das Gottesgnadentum streitet!

Ein konservativer Vertrauensmann hat mit der Ernennung v. Voebells zum Chef der Reichskanzlei dort keinen Einzug gehalten. Die „Konservative Korresp.“ jubelt:

„Wir können uns nicht versagen, unser großes Bedauern darüber auszudrücken, daß die konservative Partei infolge der Berufung des Herrn v. Voebell zum Chef der Reichskanzlei ein Vorstandsmittel verliert, das mit großer Umsicht und Tatkraft sowie mit unermüdlichem Fleiß erfolgreich bestrebt gewesen ist, die Sache des Konservativismus zu fördern und die Organisation der Partei auszubauen. Die konservative Partei wird Herrn v. Voebell für sein opferwilliges Wirken jederzeit dankbar sein und ihm immerdar ihr volles Vertrauen erheben.“

Der schöne Bernhard, der ja den Agrariern noch besten Kräfte entgegenkommt, wird sehr schmerzhaft. Nun wird schon alles klappen!

Um die Kriegervereine zu heben, greift man zu allen nur irgend ersichtlichen Mitteln. So hat der preussische Kultusminister, wie die „Berl. Volksztg.“ hört, der Regierung der Ostmarken zahlreiche Exemplare der von dem Vorstand des preussischen Landestriegerverbandes herausgegebenen Schrift „Das deutsche Kriegervereinswesen, seine Ziele und seine Bedeutung für den Staat“ mit der Bitte zugehen lassen dieselben an die Kreisbibliotheken sowie auch an sonstige Schulbibliotheken abzugeben. Jetzt wird die Begeisterung für die Kriegervereine hell emporleuchten!

Das Denunzieren bereitet gewissen Leuten ansehnlich eine große Freude. An erster Stelle steht natürlich „Pöhl“, Abel. Die Tatsache, daß verschiedene Parteioorgane das Zusammenwirken des preussischen Ministerialdirektors Caspar mit Sozialdemokraten auf dem Reichskongress der Internationalen Vereinigung für soziale Reformen ausdrücklich betont, gibt ihm Veranlassung zu folgender Denunziation:

„Wenn einem preussischen Ministerialdirektor von sozialdemokratischer Seite das Zeugnis erteilt wird, er habe auf dem Reichskongress der Internationalen Vereinigung für soziale Reformen den „Preußen vollständig ausgegeben“ und sich ganz als „gebildeter Europäer“ benommen, so ist das ein sehr trauriges Zeichen der Zeit. Es ist das schlimmste, was einem preussischen Beamten geschehen kann, der Verleumdung preussischer Grundzüge geübt und anerkanntem Lobes jenseits der geographischen Grenze Preußens, als des stärksten Trägers der monarchischen Gewalt und des stärksten Bollwerks gegen revolutionäre Bestrebungen im Reich gewürdigt zu werden. Früher hätte man getrost eine solche sozialdemokratische Auslassung ohne weiteres als Unfug abgethan können, da es einfach unmöglich war, daß ein hoher preussischer Beamter sich so ausdrücken konnte. Nun mangelt es eigenartigen Erscheinungen mit Regierungsbekanntem auf sozialpolitischem Gebiete während der letzten Jahre aber ist das leider nicht mehr anzuwenden.“

Diese jeder Unterlage entbehrende niedrige Denunziation ist hiermit an den Pranger gestellt.

Das Papagenochloß vor dem Lehrermunde. Die das „Sach. Tagesblatt“ erzählt, sollen in Zukunft in jeder Lehrerversammlung bei Beginn der Verhandlungen 1. der Staatsministerialbescheid vom 12. April 1898, 2. die Bescheidliche Reformforderung vom 21. November 1895, betr. die Majestätsbeleidigung gegen die öffentlichen Beamten, den Majestätsbeleidigungen und Majestätsbeleidigungen anerkannt ist. Die Majestätsbeleidigung ist ein Verbrechen, das in Preußen, Bayern und den übrigen deutschen Staaten durch das Reichsgesetz vom 12. April 1898, 2. die Majestätsbeleidigung vom 21. November 1895, betr. die Majestätsbeleidigung gegen die öffentlichen Beamten, den Majestätsbeleidigungen und Majestätsbeleidigungen anerkannt ist.

Wieder ein Opfer des deutsch-südwestafrikanischen Abenteuer. Der Ritter Franz Hoppe, geboren am 2. Juli 1833 in Berlin, ist am 28. September in Sagan von Dysenterie am Typhus gestorben. Kleine politische Nachrichten. Der Bund der Konservativen und die Konservativen stellen für den Reichstagswahlkreis Jerichow Gaumann von dem Reichstagswahlkreis als Reichstagskandidaten auf. — Herr v. Bismarck wurde in Berlin ein Mann, der sich den Namen eines Grafen Calceoli beilegte, der aber über Georg Straßmann heißt, verheiratet. — Bei der Wahl zum Reichstagskandidaten wurde an Stelle des bisherigen Reichstagskandidaten Herr v. Bismarck, dessen Kandidatur nicht mehr in Betracht kam, der Kandidat der

vereinigten Konservativen und Nationalliberalen, Kommerzienrat Sachsenberg in Köpflau gewählt. Unsere Genossen verfügen jetzt nur noch über 2 Sitze. — Prof. Deibrück hat sich mit den Ostmarken vereinen in dem bekannten Beleidigungs-Prozess geeinigt und sich bereit erklärt, in den preussischen Jahrbüchern eine Erklärung zu veröffentlichen. — Eine Statistik zur Ermittlung des Umfangs der Abwanderung der jugendlichen Bevölkerung des Ostens nach dem Westen hat die Regierung in Königsberg für ihren Bezirk angeordnet. Zweifellos handelt es sich hier um Maßnahmen im agrarfreundlichen Sinne. — Der Mittwoch zusammengetretene Lippische Landtag verwies die Regentenschaftsvorlage der Staatsregierung zur Vorberatung an eine Kommission. — Die seit Jahren zwischen Holland und Portugal schwebenden Verhandlungen wegen Festlegung der Grenze auf der Insel Timor sind jetzt durch Unterzeichnung eines Vertrages abgeschlossen. Ferner wurde der Anlaß zu einer weiteren Annäherung zwischen beiden Staaten benutzt, indem ein Schiedsgerichtsvertrag zu Stande kam, der bestimmt, daß gewisse Meinungsverschiedenheiten dem Haager Schiedsgerichtshof vorzulegen sind. — Acht Boeren, die mit dem Dampfer „Markgraf“ aus Bermuda zurückkehrten, wurde die Landung in Kapstadt verboten, da sie die Leistung des Treueides ablehnten und nationalitätslose, mittellose Personen nicht zugelassen werden.

Rußland. Die Not in Rußland scheint einen ganz erheblichen Umfang angenommen zu haben. In Lodz soll sich auf Befehl des Warschauer Generalgouverneurs aus allen Gemeinden ohne Unterschied der Konfession ein Hilfskomitee bilden, welches Maßregeln zur Linderung des durch die enorme Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Elends ergreifen soll. Man kann hieraus ersehen, welche Zustände gegenwärtig in Rußland herrschen. Im übrigen dürfte diese Maßregel nur der Furcht vor einem Verzweiflungsakt des Volkes entsprungen sein.

Russische Militärzustände. In die sonst ruhige und friedliche Stadt Smyr im Gouvernement Wjenskaja kam eine Abteilung „Verteidiger gegen äußere und innere Feinde“ und damit hörten Frieden und Ruhe auf. Die Offiziere, die Pläne der Umgebung aufnehmen sollten, gatten sich Chansonetten aus größeren Städten kommen lassen und zechten und schmauseten den ganzen Tag, und selbst die Morgenröthe schaute noch auf ihre Bacchanalien. Wie es gar nicht anders zu erwarten war, folgten die Diener den Herren, und so trieben es die Soldaten nach Kräften und Geschmack ähnlich wie die Vorgesetzten. Sie sind aber nicht müßig und durchzogen ferner in kleinen Trupps ständertend die Stadt. So brüllten neulich einige Betrunkene so lange ihr „Schlagt die Juden!“, bis man ihrer Aufforderung nachkam, und die Juden mit Stöcken bearbeitete. Die unglücklichen Juden fanden zu der Obrigkeit (den betrunkenen Offizieren!) um Hilfe, doch die Abgesandten wurden hinausgeworfen. Als nun aber die Soldaten im Gefolge „getränkter Unschuld“ bei ihren Offizieren sich über die „Verleumdungen“ beklagten, entblödeten sich diese nicht, um Hilfe zu begehren, da die Juden „revolvierten“! Als solche Hilfe nahe, bereitete es den Herren Schwierigkeiten, einige Beweise herbeizuschaffen, und so beschuldigten sie einfach sämtliche Juden, revolviert zu haben. So ward die Schlägerei noch ein kleines Nachspiel vor dem Gericht haben! — Wie groß übrigens die Begeisterung für den Krieg ist, läßt sich aus folgendem Stückchen sehen. 19 Kosaken vom Drenburger Regiment wurden aus Helfingfors nach Petersburg ins Gefängnis gebracht. Sie hatten, durch die jetzigen Verhältnisse so verbittert, den Gehorsam aufgekündigt. Ihr Hauptmann Panow hatte nämlich die Lösung von je 20 Rubeln für seine Kompanie in seine Tasche stecken lassen. Als er nun beim Unterricht die Leute begrüßte, erwiderte keiner der 75 Kosaken den Gruß, und niemand antwortete. Der Offizier war groß, doch man brachte die Sache aus Furcht vor Scham vor kein Militärgericht, sondern verurteilte die Strafen nach Guldianen. Das Geld aber behielt der Herr Hauptmann. Fiat justitia! Nun ist es aber durchaus keine Seltenheit, daß Soldaten jetzt, während des Krieges ins Gefängnis kommen. Vielmehr sind die Petersburger Gefängnisse geradezu überfüllt. Die Leute müssen auf der Hauptwache warten, bis sie an die Reihe kommen, hinter die schwebischen Gardinen gesteckt zu werden. Ja, tagtäglich hört man von Verbrechern, die begangen werden, um von der Front ins Gefängnis gebracht zu werden. So sah sich neulich ein Gefängnisdirektor veranlaßt, seinen Gefangenen folgende Ermahnung zu teil werden zu lassen: „Schämt Ihr Euch nicht, hier zu sitzen? Was soll der Feind denken, wenn er hört, daß so viele Kopfer im Gefängnis liegen?“ Doch die Soldaten schämen sich augenscheinlich nicht und die Begeisterung, für den weißen Jaren „auf dem Felde der Ehre“ zu sterben, ist veräußert gering.

Neue Judenmassakres sind nach einer Meldung des „B. Z.“ in Rudenia im Gouvernement Mählen ausgeübt. An denselben beteiligten sich die Bauern aus den Nachbarkörfern. Die Juden wurden mißhandelt, die Häuser zum Teil demoliert. Als die Orzedenanten in die Häuser der Juden einbrangen, setzten diese sich zur Wehr und drängten die Angreifer hinaus.

Serbien. Die Folgen der unmenschlichen Behandlung der Soldaten durch Vorgesetzte machen sich jetzt immer deutlicher bemerkbar. Wie ungarische Blätter melden, nimmt die Zahl der Deserteure, die aus Serbien nach Ungarn flüchten, täglich zu. In den letzten Tagen sind etwa 150 eingetroffen, welche bei serbischen Familien Unterkunft finden. Neben unmenschlicher Behandlung klagen sie auch über den Mangel jeglicher Kost und Löhnung. Peter führt sich also in seiner Eigenschaft als gekrönter König ganz gut ein.

Oesterreich-Ungarn. Russische Liebesdienste? Wie Wiener Blätter melden, sollen zahlreiche russische Deserteure bisher von der Bezirkshauptmannschaft Brody nach Rußland ausgewiesen worden sein. Bei den letzten sieben Flüchtlingen habe jedoch der Statthalter diese Verfügung aufgehoben und ihre Abreise nach Rußland verboten. Ist man sich doch endlich über das Schicksal einer derartigen Handlungsweise klar geworden? Neue Demonstrationen für das allgemeine



**Wahlrecht.** In Brunn fanden Dienstag anlässlich der Verhandlung des Antrages des Abgeordneten Dr. Strankh auf Erweiterung des Wahlrechts von Seiten der Sozialisten Straßendemonstrationen statt, die viel Aufsehen erregten. Als die Dringlichkeit des Antrages im Landtage mit geringer Mehrheit abgelehnt wurde, brachen die Sozialisten auf den Galerien in Psitturufe aus, worauf die Galerien geräumt wurden.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 6. Oktober.

**Die Rechnung!** Wir haben unsern Lesern seiner Zeit das Menu mitgeteilt, welches bei der vom Senat gegebenen Ehrentafel anlässlich des Mandats den Appetit der fremden Gäste reizen sollte; jetzt aber kommt der für die Steuerzahler bittere Nachgeschmack. Der Senat beantragt nämlich, daß die ihm bereits zu Ehrenausgaben zur Verfügung stehenden Mittel um 6000 Mark verstärkt werden sollen. Man muß hierbei unwillkürlich an die Worte des Bürgermeisters denken, der vor kurzem von Sparsamkeit sprach — bei den Schulen! Natürlich hat der Bürgerausschuß, von dem ja drei Mitglieder an dem Essen teilnahmen, sich für den Antrag ausgesprochen. Wenn Sozialdemokraten in der Bürgererschaft wären, so würde man bei diesem Punkt wohl manches Wort hören, das unangenehm in den Ohren verschiedener Herren klingen möchte. Der Antrag reizt ja förmlich dazu, namentlich, wenn man nachher wieder über die schlechte Finanzlage, die immer neue Steuern mit sich bringt, sprechen hört. Die Arbeiter werden zur Zeit der Bürgerchaftswahlen daran denken!

**Der Bürgerausschuß** erteilte dem Senatsantrag seine Mitgenehmigung, welcher verlangt, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen auf Kap. IV A des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1903 3463,23 Mk. und auf Kap. XI, 2 179,77 Mk. nachbewilligt und daß diese Beträge von zusammen 3643 Mk. auf die vorjährigen Verwaltungsüberschüsse dieser Behörde angewiesen werden. Ein weiterer Antrag des Senates wünscht, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen die Ermächtigung erteilt werde, die Betriebsanrichtungen des städtischen Elektrizitätswerkes für den Anschluß der Straßenbahn vom Bahnhof nach Markt, sowie für die Befestigung der Vorstadt St. Jürgen nach dem Plane und Kostenanschlag des Direktors Hase vom 16. Juli d. Js. zu erweitern, und daß die Kosten im Betrage von 131 700 Mk., soweit erforderlich und Rechnungslage vorbehalten, auf Anleihemittel der Verwaltungsbehörde angewiesen werden. Diesen Antrag verwies der Bürgerausschuß an eine Kommission von 5 Mitgliedern (Dobbertin, Sehling, Wengert, Dr. Benda und Jäde). Für die Herstellung der Baranlage in der Villenkolonie in Travemünde beantragt der Senat die Vergabe einer Summe von 23 700 Mark; der Bürgerausschuß sprach sich gutachtlich für diesen Antrag aus; ebenso erteilte der Bürgerausschuß die beantragte Mitgenehmigung einem Antrage des Senats, der besagt, daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, von dem Eigentümer des Hauses Breitenstraße Nr. 9, dem Drechslermeister Johann Samuel Wilms, dessen Ansuchen entsprechend das seinem Hause auf Grund des Rat- und Bürgergerichts vom 7. Juli 1896 zur Anlage eines Vorgartens beigelegte Areal unter den Bedingungen wieder zurückzunehmen, daß der Hauseigentümer das Areal unentgeltlich und pfandfrei der Baudeputation zu übertragen und im Grundbuche umschreiben zu lassen, die Einfriedigung des Vorgartens zu befestigen, das Areal in gleicher Höhe und Gefällrichtung mit dem Trottoir einzuebnen und mit Asphaltbelag auf Betonunterlage nach Anweisung der Baudeputation zu versehen, sowie den vorhandenen Boden und die Freitreppe vor dem Hause vor Rückgabe des Areals des Vorgartens zu befestigen hat, während die Veräußerungsvorgabe, sowie die Kosten der Umschreibung zu gleichen Teilen vom Hauseigentümer Wilms und von der Baudeputation zu tragen sind. — Auch für die Bewilligung eines jährlichen Beitrages von 1000 Mk. an den Deutschen Schulgärtner-Verein sprach sich der Bürgerausschuß gutachtlich aus.

**Öffentliche Bücher- und Lesehalle.** Die Leser der öffentlichen Bücherhalle weisen wir darauf hin, daß gemäß § 3 der Benutzungsordnung vom 1. Oktober an neue Leihkarten ausgestellt werden, die zur Benutzung der Bücherhalle bis zum 30. September 1905 berechneten. Nichtmitglieder des Vereins „Öffentliche Lesehalle“ haben für die Ausstellung der Leihkarte 40 Pf. zu entrichten. — Die Benutzung der Bücherhalle hat auch während der Sommermonate alle Erwartungen übertroffen. Es sind ausge-

	1903	1904	also mehr
Juli	532	1455	923
August	1639	3780	2091
September	2079	3619	1540
<b>Januar-Juli</b>	<b>4300</b>	<b>8854</b>	<b>4554</b>
<b>Januar-Septbr.</b>	<b>17552</b>	<b>34561</b>	<b>17009</b>

Demnach hat die Zahl der Entleihungen fast um das Doppelte zugenommen. Leider fehlt es an Mitteln, dieser Zunahme des Betriebs durch Ausdehnung der Öffnungszeiten und durch Neueinstellung von Büchern in der wünschenswerten Weise Rechnung zu tragen. Bücher und Geldauswendungen sind daher nach wie vor dringend erwünscht. Wer irgend hiezu in der Lage ist, sollte nach dem Maße seiner Kräfte zur Förderung dieser gemeinnützigen Einrichtung beitragen. Auch die Zahl der Lesehallen-Besucher nimmt beständig zu. Die Besucherzahl betrug im

	1903	1904	also mehr
Juli	1122	2175	1053
August	2644	3721	1077
September	3017	4159	1142
<b>Januar-Juli</b>	<b>6783</b>	<b>10055</b>	<b>3272</b>
<b>Januar-Septbr.</b>	<b>16643</b>	<b>25584</b>	<b>8941</b>
<b>Januar-Septbr.</b>	<b>23426</b>	<b>35639</b>	<b>12213</b>

Bücher- und Lesehalle haben demnach in diesem Jahre bereits eine Benutzungsziffer von über 70 000 aufzuweisen, eine Zahl, die bis zum Schluß des Jahres voraussichtlich auf etwa 100 000 steigen wird. Diese Zahlen liefern allein schon den Beweis, daß es sich bei unserer Bücher- und Lesehalle nicht mehr um eine armselige Volksbibliothek alten Stils, sondern um eine groß angelegte moderne Bildungsbibliothek handelt, die auch wirklich den Bildungsbedürfnissen aller Bevölkerungsschichten Rechnung trägt.

**Aus dem Gerichtssaal.** Zu 9 Monaten Gefängnis verurteilte die Strafkammer den wiederholt vorbestraften Biegelarbeiter S. Derselbe hatte einen Schlachtermeister um 10 Pfund Speck betrogen. — Ein rückfälliger Gottes-

gelbschwindler hatte sich in der Person des noch jugendlichen Arbeiters Sch. zu verantworten. Er war wegen desselben Deliktes schon mehrfach bestraft, konnte aber seine Schwindereien trotzdem nicht unterlassen. Jetzt wurde er wegen vier derartiger Fälle zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. — Eine schwere Strafe traf den Arbeiter S. aus Walfahr. Derselbe hatte einem seiner Kollegen 5 Mk. entwendet und ihn mißhandelt, als der Bestohlene ihn darüber zur Rede stellte. Das Gericht verurteilte den schon häufig vorbestraften Angeklagten zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus.

**Achtung, Zimmerer!** Ueber die Firma Helfmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die Lohnkommission der Zimmerer.

**Zum Vorsitz der Bürgerausschuß** wurde an Stelle der verstorbenen Rechtsanwalts Dr. Brehmer der bisherige erste Stellvertreter desselben, Kaufmann Eduard Kabe gewählt; an die Stelle des letzteren tritt Dr. Ziehler.

**Strafensperre.** Infolge vorzunehmender Erdarbeiten ist die Kupferschmiedestraße von heute ab auf die Dauer von etwa 4 Tagen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

**In das Vereinsregister** ist am 4. Oktober der Gemeinnützige Verein in Schlutup eingetragen worden.

**ph. Mißhandlung.** Gegen zwei finnische Matrosen, die in verfloßener Nacht an der Untertrave einen hiesigen Seemann mißhandelten, wurde Anzeige erstattet. Der mittels eines Messers im Rücken schwer verletzte Seemann mußte dem allgemeinen Krankenhaus zugeführt werden.

**ph. Schwindlerin.** Ermittelt wurde eine 18 jährige hiesige Arbeiterin, welche auf den Namen einer in der Cronsforder Allee wohnenden Herrschaft sich diverse Waren, wie Ringe, Handschuhe, Schulertragen, Chokolade u. a. m. von verschiedenen hiesigen Geschäftleuten erschwindelte.

**Handelsregister.** Am 5. Oktober 1904 ist bei der offenen Handelsgesellschaft Bud u. Willmann in Lübeck eingetragen worden: der Kaufmann S. Bud in Lübeck ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Seine Procura ist erloschen.

**Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Sonnabend, den 8. Oktober 1904, gelangt als erste Opern-Vorstellung zu kleinen Preisen die so beifällig aufgenommene norwegische Spieloper „Bar und Zimmermann“ zur Aufführung.

**Schwarzau.** Wedauerlicher Unglücksfall. Am 1. Oktober wurde hier selbst das Töchterchen des Bahnwärters an der Elisabethstraße vom 3 Juge, der abends 6 Uhr 10 Min. Lübeck verläßt, überfahren und getötet.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In Woltersmühlen im Fürstentum Lübeck verunglückte eine alte Frau, die am Abend ihrer Tochter ein Blumenbouquet an der Bahn überbringen wollte; sie geriet in den Mühlenteich und ertrank. — Der Kaffendiener Jenner recte Jaenisch, der vor mehreren Wochen nach Unterschlagung von 250 000 Kronen aus Wien entflohen, ist gestern Abend in Hamburg in St. Pauli auf der Straße verhaftet worden; der Verbrecher leitete bei seiner Festnahme heftigen Widerstand, so daß die Schutzleute von ihrer Waffe Gebrauch machen mußten. — Der Dampfer „Lutetia“, von Middleborough nach Hamburg bestimmt, der bereits zur Verschollen erklärt worden ist, ist, wie jetzt bekannt wird, im Sturm mit der ganzen Besatzung untergegangen. — Herrliche Schulzustände scheinen in Kroppitzentrog zu herrschen. Das Winterhalbjahr hat begonnen, und noch immer ist kein Lehrer für die hier seit längerer Zeit freie Lehrerstelle gewonnen. Sechs Klassen werden zur Zeit von drei Lehrern unterrichtet. — Der Kolonist Harm Bey aus Ringeldorf wurde in Oldenburg am 22. November 1902 wegen eines ihm zur Last gelegten Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und mußte diese Strafe auch trotz aller Unschuldsbetuerungen abtun. Jetzt endlich gelang es ihm aber doch, seine Unschuld nachzuweisen und das Gericht erkannte auf ein Schmerzensgeld von fünf Mark für jeden Tag, den er in Haft verbracht hatte.

**Hamburg.** Die „Engelmacherin“ Wieße vor dem Schwurgericht. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann gestern ein Prozeß gegen die 50 Jahre alte ehemalige Hebamme Wieße wegen vollendeten und versuchten Mordes, schwerer Kuppelei und versuchter Verleitung zum Meineid, der das größte Aufsehen macht. Die Wieße soll die Engelmacherin in großem Umfange betrieben haben. Fünf Fälle des Kindesmordes legt ihr die Anklage zur Last. Sie nahm die unehelich geborenen Kinder in Pflege, nach einiger Zeit machte sie dann den Müttern derselben, meist Dienstmädchen, die Mitteilung, daß sie die Kinder gegen eine Abfindungsumme zur Adoption an gräfliche oder fürstliche Häuser geben könnte. Die Mädchen gingen auch darauf ein. Die Nachbarn freilich behaupteten, daß es der Wieße nur um Abfindungsgeld der Mädchen zu tun gewesen sei, denn sie müsse die Kinder durch Tötung aus der Welt geschafft haben, indem sie sie verbrannt habe. Sie soll bisweilen so stark geheißelt haben, daß die Dienstmädchen gesprungen sind; auch bemerkten die Nachbarn öfters einen merkwürdigen Gestank. Einmal ist sie mit einem Paket fortgegangen, in dem man ein Kind vermutete und ohne das Paket wieder zurückgekehrt, so daß der Verdacht auftauchte, sie habe es ins Wasser geworfen. Den Mädchen verweigerte sie hartnäckig die Adressen der Adoptiveltern, wodurch diese Verdacht schöpften und gegen die Wieße Anzeige erstatteten. Die Kuppelei mit ihrer eigenen bildhübschen Tochter betrieb die Wieße in ganz besonders schamloser und gewaltthätiger Weise. Durch Schläge und Prüge zwang das Weib die Tochter, sich den „feinen“ Herren hinzugeben und wenn sie sich wehrte, forderte sie die Herren noch auf, Gewalt anzuwenden. Dieses Treiben war dem Ghemann zu bunt, und als er sich gegen diese verbrecherischen Handlungen wendete, trachtete ihm die W. nach dem Leben. Erst suchte sie ihn durch Gift, dann mittels Dorschneiden des Halses mit einem Rasiermesser aus dem Wege zu schaffen. Der Ghemann war aber auf der Hut und so mißlang die Anklage. Der Tochter ist es schließlich gelungen, sich aus den Klauen der Magäre zu befreien und sie dient jetzt in London. Um eine Verurteilung unmöglich zu machen, suchte die Wieße schließlich zwei Frauen durch Geldgeschenke zu bestimmen, für sie günstige Aussagen zu machen, doch kam auch diese Tat zur Kenntnis des Gerichts. Unter großem Andrang des Publikums nahmen die Verhandlungen, die nach Ansicht des Vorsitzenden voraussichtlich 6—7 Tage dauern werden, ihren Anfang. Es sind 56 Zeugen geladen, unter denen sich viele Frauen und Kinder befinden. Die Angeklagte macht einen nicht weniger als vertrauenerweckenden Eindruck; sie hat eine sog. konfiszierte Mißge, die tiefliegenden Augen verleihen dem Gesicht ein unheimliches Aussehen. Der Vorsitzende fragt die Angeklagte, ob sie aussagen wolle. Angeklagte: Was ich weiß, das will ich sagen. Vorl.: Die Daten, deren Sie beschuldigt werden, sind so ungeheurer und festerer Natur, daß, wenn auch nur ein Teil davon wahr ist, die schwersten Strafen darauf ruhen. Sie haben in der ganzen Vor-

untersuchung Widersprüche auf Widersprüche gehäuft, wahre Romane erdacht, daher ist Ihren Angaben wenig Glauben beizumessen. Wo haben Sie die Kinder gelassen? Sie sind die Einzige, die darüber Auskunft erteilen kann. Angeklagte: Ich habe keine Kinder beiseite geschafft, keine ermordet. Vorsitzender: Wir haben hier ein ungeheures Altematerial, in dem alle früher von Ihnen gemachten Angaben über den Verbleib der Kinder enthalten sind. Sagen Sie die Wahrheit, damit kommen Sie am weitesten. — Bei der Vernehmung der Angeklagten über den Verbleib der kleinen Martha stand verwickelte sich die Angeklagte mehrfach in Widersprüche; sie will das Kind einem Manne namens Grand mitgegeben haben, der nach England reiste und es als eigenes annehmen wollte. Die Zeugenaussagen deuten aber darauf hin, daß die Angeklagte das Kind beiseite geschafft hat. Ein Bild tiefer moralischer Verkommenheit bot auch die Aussage der Tochter der Wieße; gezwungen durch ihre Mutter mußte sie sich dem Laster hingeben. — Donnerstag wird die Verhandlung fortgesetzt.

**Altona.** Einen bedeutenden Fang machte die Sittenpolizei in der Nacht zum Mittwoch bei einer Revidierung der Bleicherstraße. Beschwerden von Nachbarn waren bei der Kriminalpolizei eingegangen, daß in einem Hause daselbst nächtlicher Weise ein unfittliches Treiben stattfände, und in der betreffenden Nacht gelang es denn, die dort hausende Gesellschaft zu ermitteln, allein unter sehr schwierigen Verhältnissen. Als die Sittenpolizei Einlass begehrte, waren die Türen verschlossen, und es wurde nicht geöffnet. Man sah sich genötigt, erst einen Schlosser kommen zu lassen, der die Wohnungstür öffnete. Hier bot sich den Beamten ein Bild größter Verworfenheit. Vier Frauenzimmer und ein Mann in sehr derangierter Toilette waren beschäftigt, Betttücher aneinander zu kneten, um sich aus den Fenstern der dritten Etage an diesen auf den Hof herab zu lassen. Bevor dieses zur Ausführung gebracht wurde, ergriffen die Beamten eines der Frauenzimmer, welches schon am Bettuch hing, und nahm die ganze Gesellschaft in Haft.

**Altona.** Kopf ab! In der gestrigen Verhandlung des Schwurgerichts handelte es sich um den 14. August 1856 in Bielichowa im Kreise Schmiegel geborenen Schlachtergehilfen Ludwig Goreski, der wegen Mordes angeklagt war. Der Angeklagte, der vielfach wegen Gewalttätigkeiten verurteilt ist, war beschuldigt, am 23. August d. J. in Marne den Arbeiter August Linow vorfälligerweise getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Der Angeklagte hatte mit dem Ermordeten in einer Herberge in Marne Streit gehabt, weil dieser ihm 10 Mk. die er für einen von ihm verletzten Anzug erhalten hatte, aus der Hand schlug, was allerdings nicht absichtlich geschehen sein soll. Der Angeklagte war darüber furchtbar aufgeregt, sagte, er wolle Linow verhaften lassen, ließ auch davon und suchte einen Polizeibeamten auf. Dieser wollte aber nichts von der Geschichte wissen und wies ihm die Tür. Auf dem Rückwege zur Herberge zog der Angeklagte sein Messer, öffnete es und ging dann, als er wieder in der Herberge angelangt war, gleich auf Linow zu und forderte von demselben sein Geld. Als Linow sagte, das habe der Herbergsvater, entgegnete er: „Ich will es von Dir haben.“ In demselben Augenblick packte er Linow mit der linken Hand am Kopfe an und durchschneidte ihm mit seinem Messer, das er in der rechten Hand hatte, die Kehle. Linow sank sofort zu Boden und war in wenigen Minuten tot. Der Angeklagte hatte die Schlagader durchgeschnitten, infolgedessen der Tod so schnell eintrat. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, er sei bei Begehung der Tat total betrunken gewesen, doch schenkte der Gerichtshof dieser Angabe keinen Glauben. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach vorläufiger Tötung. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde darauf der Angeklagte wegen Mordes zum Tode und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig auf, gab aber die Erklärung ab, daß er die Tat nicht mit Ueberlegung begangen habe.

**Hensburg.** In dem Prozesse vor dem hiesigen Landgericht über die bankrotte Badegründung Lafolt auf der Nordseeinsel Rön wegen Konkursvergehen beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Geschäftsführer und gegen die Vorstandsmitglieder Pastor Jakobien in Scherbeck und Hofbesitzer Laßen in Hensburg gegen ersteren 3 Monate, gegen letzteren einen Monat Gefängnis, ferner gegen die Mitglieder des Aufsichtsrates Kaufmann Petersen, Kaufmann Schmid, Gastwirt Lußen, sämtlich in Scherbeck, je 300 Mk. Geldstrafe und gegen den Steuerinspektor Sonntag und Buchdruckereibesitzer Thammjen in Londern je 100 Mk. Geldstrafe. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten frei.

**Wismar.** Ein Dokument der Gesindeklaverei. Das „Damb. Echo“ erhielt folgendes Schriftstück: Formular II.

Ausfertigung zu 154, Dienstvergehen. Strafverfügung.

Das Dienstmädchen . . . zu Neu-Wischeln hat im Laufe der letzten Zeit eines Dienstvergehens dadurch sich schuldig gemacht, daß es gegenüber der Wamfell seines Dienstherrn, Erbpachthofbesizers Ludwig, daselbst, ungehorsam und Widersetzlichkeit an den Tag gelegt hat, nachdem es erst unter dem 23. Juli d. J. wegen Ungehorsams in Strafe genommen war.

**Beweismittel:** Anzeige des Herrn Erbpachthofbesizers Ludwig zu Neu-Wischeln.

Der Antrag auf Strafe ist von dem Herrn Erbpachthofbesizer Ludwig am 12. September 1904 gestellt.

Es wird hiermit gegen das Dienstmädchen . . . auf Grund des § 1, 2 der Verordnung vom 3. August 1892 eine an die Kasse des unterzeichneten Großherzoglichen Amtes einzuzahlende Geldstrafe von zehn (10) Mark, an deren Stelle für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von drei (3) Tagen tritt, festgesetzt.

An Gebühren Mk. 1 und an Auslagen 20 Pf., fallen der Beschuldigten Mk. 1,20 (zusammen Mk. 11,20) zur Last, welche, nachdem die Straffestsetzung vollstreckbar geworden ist, an die Kasse des unterzeichneten Großherzoglichen Amtes bei Vermeidung der Vollstreckung einzuzahlen sind.

Findet die Beschuldigte sich durch diese Straffestsetzung beschwert, so kann dieselbe binnen einer Woche, von dem Tage der Zustellung an gerechnet, entweder eine Beschwerde an das Großherzogliche Ministerium des Innern zu Schwerin ergreifen oder bei dem unterzeichneten Großherzoglichen Amte oder bei dem Amtsgerichte zu Wismar auf gerichtliche Entscheidung antragen.

Die Beschwerde ist bei dem Großherzoglichen Ministerium schriftlich oder bei dem unterzeichneten Großherzoglichen Amte schriftlich oder mündlich (zur Registratur) einzulegen.

Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung ist bei dem unterzeichneten Großherzoglichen Amte schriftlich oder mündlich (zur Registratur) oder bei dem Amtsgerichte zu Wis-



mar schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers anbringen.  
Bismar, den 14. September 1904.

(Siegel.)  
Großherzogliches Amt.  
(gez.) Krüger.

Man könnte danach Mecklenburg für ein russisches Gouvernement halten, wenn man nicht wüßte, daß auch in anderen deutschen Bundesstaaten ganz gleiche Uebelstände der Leibeigenschaft und Hörigkeit bestehen.

**Glückstr.** Am Dienstag wurde in erster Sache verhandelt gegen den vielfach vorbestraften Dachbedergesellen Albert Meißler aus Stralsund wegen Raubes. Der Angeklagte ist erst am letzten Sonnabend wegen Urkundenfälschung, verurteilt in Stavenhagen, von der Strafkammer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Heute war er beschuldigt, am 19. Juni d. J. in Stavenhagen einem Schulmädchen auf offener Straße zwei Pfund Schmalz und 150 Mk. gewaltsam entziehen zu haben. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust, sowie Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. — In zweiter Sache war nach der „N. Z.“ der Arbeiter Fritz Lembke aus Mählengese angeklagt, in Larnow am 3. Juni d. J. versucht zu haben, die den Gebrüdern Behne gehörige Säbnerlei in Brand zu setzen. Das Feuer wurde noch rechtzeitig beseitigt und gelöscht. Der Angeklagte ist geständig. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Unter Aufsicht der Öffentlichkeit wurde schließlich noch gegen den Knecht Friedrich Schewe aus Waren verhandelt, der des Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt war. Der Angeklagte wurde unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

**Lüneburg.** Ein Polizeiwachmeister wegen Mundraubs verurteilt. Vom hiesigen Schöffengericht wurden der vom Amte suspendierte Polizeiwachmeister Gledner und der Buchhalter Lonnborn, beide aus Lüneburg, wegen Mundraubs zu je zwei Tagen Haft verurteilt. Beide hatten am 1. Juli d. J. aus einem auf dem Schützenplatze stehenden Zelte durch eine im Zeltlatten befindliche Öffnung fünf Flaschen Wein entwendet und mitgenommen. Die Angeklagten behaupten, daß sie nur beabsichtigt hätten, den schlafenden Wächter auf die Probe zu stellen. Das Gericht nahm aber die Absicht der rechtswidrigen Zueignung als erwiesen an und erkannte auf die genannte Strafe.

**Bremerhaven.** 707 Japaner, die vor dem Kriege in Sibirien lebten und denen durch Vermittlung des bremischen japanischen Konsuls, Max Köhler, die Heimreise über Deutschland gestattet wurde, trafen in zwei Sonderzügen um 11 Uhr 30 Min. resp. 12 Uhr über Berlin auf dem Bremer Hauptbahnhof ein. Mehrere Damen überreichten den Leuten Früchte und Schokolade. Man sah es den Flüchtlingen an, daß sie schlimme Tage hinter sich hatten. Von Konsul Köhler begleitet, kamen die Flüchtlinge später in Bremerhaven ein. Vorläufig sind sie auf dem Lloyd-Dampfer „Sera“ untergebracht.

**Oldenburg.** Wie man in Oldenburg den Lehrermangel beseitigt, dafür gaben wir kürzlich nach dem Norddeutschen Volksblatt einige Beispiele. Um an Lehrkräften zu sparen, werden ganze Klassen einfach eingezogen und ihre Schüler nach oben und unten verlegt. Einen anderen Versuch, den Lehrermangel zu beseitigen, teilen jetzt die „N. Z.“ mit. In Scharhosen und Delfshausen besteht je eine zweiklassige Schule. Da baute man eine dritte, aber einklassige Schule in dem zwischen

beiden Ortshäfen gelegenen Südbäde und wandelte nur die beiden zweiklassigen Schulen ebenfalls in einklassige um. So hat man aus vier Klassen drei gemacht und spart wiederum eine Lehrkraft. — Dem Großherzog erhöht man seine Biwilligung, an den Volksschulen spart man; so sieht es mit der Sorge für das Volkswohl aus. Es ist ein Jammer!

**Werte Nachrichten**

**Köln.** Eine ruflose Lat. Zwei Kommiss Lottien eine Dirne in ihre Wohnung mit der Absicht, das Mädchen zu herauben und zu ermorden. Sie beraubten das Opfer ihrer Barockschmuckstücke und rissen ihm die Ohrringe gewaltsam ab. Alsdann verfesten sie dem Mädchen mehrere Schläge auf den Kopf, kniebelten es und wollten es alsdann an einer einsamen Stelle der Straße niederlegen, als plötzlich die Mißhandelte die Augen aufschlug. Hierauf verfesten sie ihr einen Messerstoß in den Kopf, wobei die Dolchspitze an einem Knochen abbrach. Die sofort alarmierte Polizei nahm die beiden Mordbuben fest. Das Mädchen wurde sterbend dem Hospital zugeführt.

**London.** Schiffsunglück. Nach einer bei Lloyd's aus Liverpool eingegangenen Meldung ist der Liverpooler Dampfer „Augustine“ in Lissabon (Portugal) mit 8 Überlebenden des 23 Meilen nordwestlich von Quessant gestrandeten griechischen Dampfers „Pelantini“ angekommen. 17 Mann der Besatzung sind ertrunken, darunter der Kapitän, die Offiziere und die Maschinisten. Der Dampfer war vom Schwarzen Meere nach Antwerpen unterwegs.

**Briefkasten.**

M. Schwartzau. Dem steht absolut nichts im Wege.

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.**

**H. T. V.**

Vorstand. Freitag den 7. Oktober d. J., abends 9 Uhr präzis.

Elisabeth Barckentien  
Ernst Meier

Ein möbl. Zimmer zu vermieten.

zum 1. November resp. früher ein Mädchen für häusl. Arbeiten.

Gesucht 1000 Mark zu 5 pCt.

Gesucht einige Frauen

Birnen

Ein mod. Kindersitzwagen

Rohrer-, Friseur- u. Haarfrisier-Salon

Guter bürgerlicher Mittagstisch

Täglich frisch!

K. Grün, Adlerstraße 35.

Misch-Kaffee

H. Bülck.

Stühle! Stühle! Stühle!

Kokshries

Christian Gäde

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.

38 Marlesgrube 38.



**Nacht Frankfurt, Kaffee-Zusatz**  
mit der Kaffeemühle,  
in 1/2 Pfund Rollen  
zu 100 Stück käuflich.

Eine kleine Beigabe genügt!

**Holzarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Lübeck.)

**B A L L**

am Montag den 10. Oktober 1904  
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.  
Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pfg. Ende 4 Uhr.  
Gleichen oder freundlich ein  
Das Komitee.

Zum billigen  
**Uhren-Schultz.**  
Jetzt:  
Obere Johannisstr. 20  
hübsch ausgestattete  
Reden einzelnen 1.50 Mk.  
Hübscherer . . . 30 Pfg.

Die Arbeiter-Garderoben  
mit dem Schutzzeichen  
von **Onno Albers**  
10.  
38 Marlesgrube 38.

Heute und folgende Tage:  
Stücken Hammelfleisch à Pfd. 45 Pf.  
**Fr. Möller,** Verkaufsstelle nur:  
38 Marlesgrube 38.  
Kein großes Schaufenster,  
jedoch finden Sie  
eine sehr große Auswahl  
in eleganten  
Herren- u. Knaben-Anzügen  
Winter-Paletos,  
Loden- und Falten-Joppen  
enorm billig,  
sowie auch sämtliche Schuhwaren.  
Herren- u. Knaben-Anzügen  
Winter-Paletos,  
Loden- und Falten-Joppen  
enorm billig,  
sowie auch sämtliche Schuhwaren.  
Herren- u. Knaben-Anzügen  
Winter-Paletos,  
Loden- und Falten-Joppen  
enorm billig,  
sowie auch sämtliche Schuhwaren.

Verkaufe während dieser Saison zu ganz  
enorm billigem Preise, als:

Pflich-Garnituren von . . . . .	85 Mk.
Taschen-Divans . . . . .	60 "
Moquette Garnituren . . . . .	100 "
Sofas . . . . .	25 "
Salon-Garnituren . . . . .	180 "
Schreibtische . . . . .	65-110 "
Salon- u. Kusztische . . . . .	13-40 "
Bertilowas, ff. . . . .	35 "
Kleiderchränke . . . . .	25 "
Schlafzimmer . . . . .	150 "
Trumeaux und Pfeilerpiegel von . . . . .	15 "
Ganze Ausstattungen von . . . . .	170 "

Aug. Meincke's Möbelhandlung  
Bekergrube 20.

**Prima Flohmen.**  
Beites Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.  
Sammelfleisch . . . . . 50 "  
" Keulen . . . . . 60 "  
Rindfleisch . . . . . 50 "  
geräucherten Speck . . . . . 60 "  
Kalbsfleisch . . . . . 40 "

**W. Strohfeldt,**  
Glockengießerstraße 73.  
Markthallenstand 14 und 15.

**Achtung Bauarbeiter!**  
Mitglieder-  
Versammlung  
am Freitag den 7. d. Mts.  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus Johannisstr. 50-52  
Tages-Ordnung:  
1. Kartellbericht.  
2. Innere Angelegenheiten.  
3. Verschiedenes  
Der Vorstand.

**Panorama**  
— Breitestraße 53, 1. Stage. —  
Diese Woche ausgestellt:  
**Schleswig, Flensburg,  
Glücksburg, Hadersleben  
und Sonderburg.**

**Stadt-Theater.**  
Freitag den 7. Oktober.  
14. Vorstellung. 2. Freitags-Monument.  
**Komtesse Marie.**  
Sonnabend den 8. Oktober. 15. Vorstellung.  
3. Volks- u. Schüler-Vorstellung zu kleinen Preisen.  
**Zar und Zimmermann.**

**Circus Variété.**  
Anfang 8 Uhr.  
**La belle Georgette**  
„Die Beherrscherin  
von Feuer und Licht“.  
Lucy Bernardo: Bio-Tableaux: Lhing  
u. Lho; Hans Roland; Rossignol-  
Quintett; Orig Gantsmids und das  
**Wolff-Trio**  
als Ewerführer.  
Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft.



## Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, der vorige Woche in der schönen Alpenstadt Salzburg tagte, war, wie man dem „Vorwärts“ aus Wien schreibt, in mehr als einer Beziehung interessant. Vor allem durch die politische Debatte, die an drei Punkten: bei dem Berichte der Parteivertretung, bei dem parlamentarischen Bericht und endlich bei dem Punkte der Tagesordnung, der für sie bestimmt war, bei der Untersuchung über die in Oesterreich notwendige Verfassungsrevision ausbrach. Die Debatte ist deshalb so wertvoll, weil sie zeigte, welche Wirkungen die staatsliche Krise auf die Lage der Arbeiterklasse erzeugt, und weil sie offenbarte, welche Stimmungen dieser in der Geschichte moderner Staaten ganz beispiellose Zustand des österreichischen Staates in den Anschauungen und Entscheidungen des Proletariats hervorruft. Die Wirkung der Staatskrise im Proletariat ist diese: Die Sozialdemokratie weiß genau, was in Oesterreich und mit Oesterreich geschehen muß, wenn Oesterreich ein daselbstfähiges und entwicklungsmögliches Staatswesen werden soll. Die Zukunft Oesterreichs — wenn der Staat, der keine Gegenwart erlangen kann, eine solche überhaupt besitzt — liegt in seiner Umformung zu einem demokratischen Bundesstaate: wo die Völker nicht in ein unmögliches Nebeneinander hinübergeleitet werden; wo sie, ohne Unterdrückung voneinander, aber auch ohne Druck aufeinander jedes ihre eigene Entwicklung gehen werden. Die erste und unerlässliche Voraussetzung für diese Umgestaltung ist das allgemeine und gleiche Wahlrecht — welches allein die Kräfte zu entfesseln vermag, die diese Umgestaltung vollziehen können und wodurch der Boden freigemacht wird, auf dem sich die neuen Institutionen aufbauen können. Das weiß die Sozialdemokratie und sagt es unablässig und beweist es unermüdet: in Versammlungen und in der Presse, in Broschüren und auf Parteitagen. Insbesondere auf Parteitagen; es geht keiner vorüber, an dem das österreichische Problem nicht umfassend zur Darstellung gelangen würde. Was zu geschehen hat, was geschehen muß, ist uns nicht unklar; aber die Frage, wie es geschehen soll, wie es geschehen wird, die zu beantworten ist uns verfallen. Das österreichische Verhängnis besteht ja darin, daß zur Vollbringung des Notwendigen die Kräfte fehlen. Das Proletariat ist dazu unvermögend — aus zwei Gründen. Erstens ist es in einem Staate, der zum großen, überwiegenden Teile noch agrarisch ist, zu schwach, und zweitens wird das Proletariat wohl einst seinen Staat formen. Kann aber nicht den bilden, der notwendig nichts anderes sein kann als ein moderner Massenstaat. Die übrigen Klassen stehen aber dem Problem vollständig gleichgültig, feindselig, verständnislos gegenüber. Die so simple, ganz selbstverständliche Erkenntnis, daß die Kronische Krise des Parlamentarismus ihre Ursache haben mußte, die ist in Oesterreich Alleinbesitz der Sozialdemokratie; die bürgerlichen Politiker verstehen es einfach nicht. Sie bringen es nicht einmal zum Begreifen; sie sehen das Problem gar nicht. Nun ist allerdings noch ein Faktor an der Existenz und Konsolidierung Oesterreichs interessiert, vielleicht dieser mehr als jeder andere: die Krone. Aber diese Kraft langt durchaus, um das Unhaltbare vor dem offenen Zusammenbruch zu bewahren; eine weitstehende, über den augenblicklichen Augenblick hinausreichende Politik steht außerhalb des Bereiches ihres Willens und ihres Vermögens. Nicht um und neugegaltener ist in Oesterreich die Parole; sie war, ist und wird sein: fortwährend! Kein Gel, kein Jäger wird den Karren aus dem Sumpfe auch nur einen Fuß breit mitziehen.

Was bleibt also übrig? Das hat auf diesem Parteitage Adler wiederholt gesagt, am eindringlichsten in seinem großen Referate über die Verfassungsrevision, das eine wahre Rede über den Staat war: Oesterreich gesund

machen können die Sozialdemokraten nicht, aber das Proletariat lebendig erhalten können sie und müssen sie. Weil die Sozialdemokratie auf diesem österreichischen Boden ihre Politik machen muß, so muß sie die Notwendigkeiten für den Staat aufzeigen, die Verantwortlichkeiten feststellen und sich für den Moment rüsten, der ja auch kommen kann, den, wo das Proletariat keine Geduld brauchen wird, sondern Mut und Entschlossenheit. Aber weil die Sache mit diesem Zimmerösterreich so steht, daß durch eine Aktion des Proletariats allein, mag diese auch die ungewöhnlichsten und leidenschaftlichsten Mittel wählen, Oesterreich nicht geändert werden kann, so wäre es töricht, die Politik der Partei auf die schlechte Karte dieses Staates zu setzen und die Entwicklung der Arbeiterklasse mit der des Staates zu identifizieren. Das Proletariat besteht auch ohne den Staat: und so muß die Sozialdemokratie den Staat seinen Eignern überlassen, um in sich und für sich das Werk der Entwicklung, der Aufklärung, der Entfaltung zu suchen. Daß über dieser rüchtern-klaaren Auffassung auf dem Parteitage auch Stimmen laut wurden, die diese Politik der Resignation verwarfen und nach der erlösenden Aktion riefen, ist nicht erstaunlich; das Gegenteil wäre überraschender. Unter dem Eindruck der Dinge in Italien ist diese „Politik der Tat“ auf den Generalkongress gekommen, aber dessen Möglichkeit verscheucht schon die Erwägung, daß man wohl der Stärke, nicht aber der Schwäche etwas abtrotzen kann. Selbstverständlich ist mit der interessantesten Auseinandersetzung in Salzburg die Debatte nicht abgeschlossen; sie wird auf jeden Parteitag wiederkehren. Das Gefühl des fruchtlosen Ankämpfens gegen ein Verhängnis wird ebenso bleiben wie der Wunsch oder die Hoffnung, durch Verklärung des Kampfes, es zu wenden: die Wirkungen werden bleiben, weil ihre Ursache, die Trostlosigkeit der österreichischen Verhältnisse, nicht verschwinden kann.

Noch aus einem anderen Grunde ist dieser Parteitag so beachtenswert. Die Schwierigkeiten, mit denen die Partei in Oesterreich zu kämpfen hat, machen es ihr unzulänglich oder wenigstens gefährlich, bedauerliche Erscheinungen des Parteilebens offen zu besprechen, obwohl nur diese Offenheit — das möge man uns auch in Deutschland glauben, wo man diese Offenheit manchmal vielleicht etwas übertrieben hat, so daß sie jetzt einigermaßen in Verzug gekommen ist — die Hebel zu heilen vermag. Der diesmalige Parteitag ließ einen gewissen Bruch mit dieser Auffassung erkennen, deren ausnahmslose Befolgung wohl auch in Oesterreich nur überflüssige Vorsicht ist. Nicht allein, daß über die Kandidaturen der Staatskrise auf die Partei offen geredet wurde und daß einige Parteizwischenfälle öffentlich und mit der nötigen Deutlichkeit abgehandelt wurden — man ist auch, wenn auch nur tastend, dem traurigsten Punkte der Partei nahegetreten: dem der Aufstellung der Kandidaten zum Reichsrat. An dem Parteitag kam die Sache freilich in Form eines „Prinzips“ — Zentralisation oder Selbstverwaltung, Kreis- oder Partei — und so kam allerdings nichts Rechtes und insbesondere nichts Ausschlaggebendes heraus. Weil man eben die öffentliche Erörterung persönlicher Dinge scheut, flüchtet sich die Diskussion notgedrungen zu einem „Prinzip“ — wo es aber nichts Prinzipielles zu erwägen gibt und wodurch die ganze Debatte etwas Schiefes erhält. Denn da es sich bei den verfahrenen drei Wahlbezirken nicht um dasselbe oder das gleiche handelt, sondern in jedem ein anderes Bedenken waltet, so werden die Fragen nur entwirrt, wenn sie unter den Hut eines gemeinsamen „Prinzips“ gesteckt werden. Wenn also auch nicht berichtet werden kann, daß auf dem Parteitag in der schwierigen, ernst und brennenden Sache viel ausgerichtet worden wäre und nicht mehr herausgekommen ist als die Bekräftigung eines alten Wahlschlusses, der, obwohl theoretisch tadellos, jene traurigen Erscheinungen nicht verhindert hat, so ist die Debatte als Anfang doch wichtig und von Wert. Freilich könnte nur die öffentliche Erörterung, die das Gewissen der Partei und der Parteigenossen aufweckt, es be-

wirken, daß sträfliche Eitelkeit zurückgedämmt wird, lokale Egoismen nicht überwuchern und die wichtigsten Notwendigkeiten der Partei nicht unerfüllt bleiben — aber vielleicht wird es schon das Töten an das Problem bewirken, daß die verantwortlichen Leute zur Besinnung kommen und es aufgeben, ihren persönlichen Ehrgeiz den einfachen Parteibedürfnissen gegenüber zu stellen und so mit den Interessen der Partei zu spielen, wo die größte und rücksichtslose Einigkeit nottut. Vielleicht schon deshalb, weil die Debatte auf dem Parteitag, obwohl sie das Gebiet des „Theoretischen“ nie überschritt und in der Fülle einer akademischen Unterhaltung verjandete, doch erkennen ließ, daß in der Partei über diese Dinge und über diese Folge nur eine Meinung besteht und daß auch der Wille vorhanden ist, sie unter allen Umständen zu ändern.

Neben diesen Debatten über das innere Leben der Partei hörte der Parteitag auch ein ungemein interessantes Referat über die Lebensmittel-Verteuerung, das sich mit der nachfolgenden Debatte zu einer erschöpfenden Charakteristik des agrarischen Protektionismus gestaltete, deren Gebrauch auch in der Agitation sehr nützlich wäre. Alles in allem: es war kein sogenannter großer Parteitag, aber in den Versammlungen der österreichischen Sozialdemokratie wird er einen Platz als einer der interessantesten einnehmen.

## Soziales und Partelleben.

**Streik und Lohnbewegungen.** Zum Streik der Musikinstrumenten- und Klavierarbeiter Berlins wird mitgeteilt, daß ca. 1600 Arbeiter streiken. In 25 Fabriken mit 461 Arbeitern sind die Forderungen bewilligt. — Die „Aussperrung“ in der Holzindustrie Berlins umfaßte bis Dienstagmittag sage und schreibe 19 Arbeiter. — In der Schuhfabrik von Reichel in Frankfurt a. O. reichten Sonntagabend sämtliche Arbeiter wegen Lohnunterschieden die Kündigung ein. Von 73 Arbeitern sind 71 organisiert. — In Tangerhütte werden fortgesetzt Metallarbeiter wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahregelt. Zugung ist deshalb fernzuhalten. — Wegen Maßregelung von Verbandsmitgliedern legten in der Zigarettenfabrik von Jostell in Dresden sämtliche Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Die Folge war die Zurücknahme der Maßregelung. — In Hannover haben in der Metallwarenfabrik von W. Schmidt die Sattler wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Eine öffentliche Sattlerversammlung erklärte sich mit den Streikenden solidarisch. — Die Wiener Tischler befinden sich in einer Anzahl Werkstätten im Kampfe um den Neunhunderttag. Es versuchen nun Agenten von dort, in Deutschland Tischler anzuwerben. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes ersucht deshalb dringend, jedes Angebot abzulehnen und von Wien fernzubleiben.

**Arbeiterinnenausbeutung bei einer Wollfirma.** Eine öffentliche Versammlung in Berlin besetzte sich dieser Tage mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Berliner Schokoladenfabrik von Gebrüder Stollwerck. Wie der Referent bemerkte, geht die Vorliebe der Firma für die zarte weibliche Jugend so weit, daß von den 300 Arbeiterinnen der Berliner Fabrik ungefähr drei Viertel sich im Alter von 14—16 Jahren befinden. Die meisten erhalten nicht ganz 6 Mk. Lohn die Woche. Wie jedoch durch Befragen der Versammlung festgestellt wurde, wird nicht Wochenlohn, sondern Stundenlohn gezahlt, und weil nun Sonnabends nicht 10, sondern nur 8 1/2 Stunden gearbeitet wird, werden bei der 14tägigen Lohnzahlung allemal 30 Pfg. für die drei fehlenden Arbeitstunden abgezogen. Daß von diesen kleinen Löhnen auch noch die Festtage abgezogen werden, gilt für die Firma als selbstverständlich. Nach längerer Tätigkeit im Betriebe gibt es auch Lohnaufbesserungen; etwas Bestimmtes ist darüber jedoch nicht

## Die Hosen des Herrn von Bredow.

Roman von Willibald Meixner (W. Häring).

(33. Fortsetzung.)

„Da, sieh' hier,“ rief Joachim, und riss aus den Fächern seines Schreibtisches Papiere und Pergamente. „Hier steht die Oder, hier ist Frankfurt; das ist der Riß zum Kollegienhaus; im künftigen Jahre wird der Bau begonnen. In dieser Kapsel ist die Bulle des Papstes, hier ist des Kaisers Freibrief, welchen mein Vater schon empfing. Dies Paß die Briefe, gewechselt mit den Gelehrten in Basel, Straßburg, Leipzig. Nächst du wieder darüber?“

„Mein verdammter Mund, der so wenig ausdrückt, was die Seele denkt. Ich bin kein Gelehrter, wie mein Fürst, aber wär' ich's, ich könnte mich nicht mit andern Dingen dazwischen beschäftigen. Auf die Gefahr, meinem Herrn zu mißfallen, spreche ich es geradezu aus, es ist meine Pflicht als Mitglied Eures Geheimen Rates, wenn die Seele von einem Gegenstande erfüllt ist, sollte sie auch alle Kräfte ihm widmen. Wie lange hat sich's nun schon hingezogen, daß die Mark einer Universität entbehrt, weil Euer erlauchter Vater von zu vielen andern kleinen, lästigen Sorgen gedrückt war. Ob die Straßen fahrbar, ob sicher sind, ob die Hölle gut verpackt, ob die Bierziese richtig eingibt, dafür können andere sorgen, aber das geistige Wohl Eures Volkes zu bewahren, zu diesem hochheiligen Geschäfte weiß ich nur einen, der fähig ist, und jeder Augenblick, den er zu anderen Beschäftigungen absteht, ist ein Raub.“

„Ein Fürst soll seine Augen überall haben.“  
„Und doch ist er nur ein Mensch. Indem er alles selbst sehen, nichts seinen Getreuen überlassen will, sieht er oft das Wichtigste nicht. Da ist es denn geschehen, daß Kursachsen uns zuborkam, Wittenberg ist gegründet und wir wollen noch Frankfurt bauen.“

„Mein Frankfurt soll Wittenberg überflügeln.“  
„Aber schon entging uns der gelehrte Dr. Simon Pistoris. Er bleibt nun in Leipzig, weil sein Gegner, der Dr. Pollicius, nach Wittenberg gegangen. Diese Säule von Gelehrsamkeit, die allein eine Universität getragen, dieser erste Arzt Deutschlands, ist uns verloren.“

„Ich meine, wir haben dafür einen andern, bessern gewonnen.“  
„Sprach der Fürst mit feuerstrahlenden Blicken, indem er ein eben eröffnetes Schreiben dem Ritter vorlegte.“

„Wimpina kommt!“  
„Vindenberg las, und blickte mit dem Ausdruck der Ueberraschung und Freude auf: „In der Tat, das hatte ich nicht erwartet. Das ist ein Gewinn!“  
„Ein ungeheurer, sage ich dir, Vindenberg. Eine Schule, auf weltliche Weisheit gegründet, ist ein halbes Werk; in Pistoris verloren wir einen großen Arzt des Leibes, in Dr. Koch gewinnen wir einen Arzt des Geistes, eine Säule der Kirche, den ersten Theologen Germaniens. Ich wünsche, du kennst seine gelehrten Streitschriften. Noch kein Gelehrter hat mit solchen überzeugenden Gründen, mit solchem göttlichen Feuer alle seine Gegner niedergedonnert.“

„Koch-Wimpina!“ rief Vindenberg. „Derjenige, welcher in der Streitschrift gegen den Thoribäus die Bohl der Ehemänner der heiligen Anna, Christi Großmutter feststellte (Factum, wie auch die übrigen Ausführungen. Koch-Wimpina, als Rektor der Universität Frankfurt, nachmals der größte und wirksamste Gegner der Reformation in der Mark), und mit welcher glänzenden Beredsamkeit! Dr. Muzculus las es in einer Abendgesellschaft bei Hofe vor, Eure Gnaden waren ja selbst zugegen. Ich darf gestehen, ich ging nie so erköhnt und erbaut nach Hause.“

„Derjenige, Vindenberg! Kommen wir noch zu spät?“  
rief er triumphierend.  
Der Geheimrat verneigte sich tief.

„Hast du noch etwas zu sagen? Hast du noch zu tadeln? Sprich es aus.“

„Ich kann nur wiederholen, was mein Herr schon gesprochen. Eine hohe Schule ist wichtiger, als alles. Der Geist, der von da aus über die Mark sich verbreitet, wie aus einem reichen, vollen Fluße Wassergräben und Rinne, wird den trocknen dünnen Boden durchsickern und die Früchte der Gerechtigkeit, der Ordnung und des Fleißes herstellen. So bessern wir am besten, so allein den Jank, Mord und Grausamkeit, von denen der erlauchte Johannes spricht. Aber nur wenn der Fuß selbst klaren Wasser ist. Daß die Worte, die mein Fürst sprach, in Granit über der Türe eingegraben würden: Eine Säule, auf weltliche Weisheit gegründet, ist nur ein halbes Werk. Herr, mein Fürst, laßt Euch nie verleiten durch den glänzenden Ruf der Gelehrtheit, beruht immer nur rechtgläubige Gelehrte, die Säulen werden der Kirche, nicht der weltlichen Wissenschaft. So nur wird Frankfurt aufblühen, wenn die Kirche hier ihre Säulen findet, wenn die Gelehrten festhalten an ihren Lehren, unerbittlich auch in dem, was den weltlichen Gelehrten eine Torheit scheint. Wo ist denn die Grenze zwischen, was der Verstand begreift und der Glaube faßt, und der kühne Dünkel, daß ich es bekennen muß, ist von alters in der Mark zu Hause; auch der Adel ist nicht davon frei, vielleicht daher die Verderbnis, die wir beklagen.“

Joachim hatte ihn nur schwer ausreden lassen. „Du ich es denn nicht?“

„Euer Wille ist gut, Eure Weisheit über alle Frage, dennoch weiß die Schlange unter allerhand Wegen in das Heiligum zu dringen. Wer hat die Einsicht auf allen ihren Krümmungen ihr zu folgen? Sagt man doch selbst von diesem Abt Tritheim —“

„Was!“  
„Er ist gewiß ein großer Gelehrter. Sei es auch fern von mir zu zweifeln, daß er ein gläubiger Christ sei. Aber



